

Argumentations- karten

Europawahl 2014

Europa neu denken.



Themen

- 1 Europa neu denken – ein Politikwechsel für Europa
- 2 Ein Europa des wirtschaftlichen Aufbruchs – nicht des Stillstands
- 3 Ein Europa für gute Arbeit – nicht der Arbeitslosigkeit
- 4 Ein Europa der Gerechtigkeit – nicht der Chancenlosigkeit
- 5 Ein Europa der Steuergerechtigkeit – nicht der Verantwortungslosigkeit
- 6 Ein Europa der Bürger – nicht des Geldes
- 7 Ein Europa des Friedens und der Offenheit – nicht der Konfrontation und der Abschottung
- 8 Ein Europa der Demokratie – nicht der Bürokratie
- 9 Ein Europa der Perspektiven – nicht der Jugendarbeitslosigkeit
- 10 Ein Europa der Vielfalt – nicht des Zentralismus

1 Europa neu denken – ein Politikwechsel für Europa

Die Europawahl 2014 ist keine gewöhnliche. Europa hat teils massiv an Vertrauen verloren. Unser Ziel ist deshalb: Ein anderes, besseres Europa. Dafür brauchen wir neue Mehrheiten im Europäischen Parlament. Und einen anderen Kurs an der Spitze der EU- Kommission. Zusammen mit Martin Schulz als Spitzenkandidaten aller europäischen Sozialdemokraten haben wir die Chance, das zu schaffen.

Was wollen wir erreichen?

- **Wir wollen, dass Martin Schulz Präsident der Europäischen Kommission wird.** Konkret: Er ist der richtige Mann, um in Europa etwas zu verändern. Er nimmt die Sorgen der Menschen ernst, kennt die Probleme Europas. Er steht für mehr Demokratie, weniger Bürokratie. Mehr Wachstum, weniger Jugendarbeitslosigkeit und bessere Chancen für die Menschen.
- **Wir wollen, dass der Präsident der EU-Kommission erstmals demokratisch gewählt wird.** Konkret: Nach dem Vertrag von Lissabon entscheidet die Europawahl erstmals darüber mit, wer künftig Präsident der EU-Kommission wird. Das Parlament wählt den Kommissionspräsidenten nach Vorschlag der Staats- und Regierungschefs, die dabei das Ergebnis der Europawahl berücksichtigen müssen.

■ **Wir wollen einen Machtwechsel in Europa schaffen.** Konkret: In den letzten Jahren waren die EU-Institutionen überwiegend konservativ dominiert. Studien prognostizieren, dass jetzt bei der Europawahl ein politischer Umbruch möglich ist: Etliche sozialdemokratische Parteien in Europa haben gute Chancen, ihr Ergebnis gegenüber deutlich zu verbessern.

■ **Wir wollen die stärkste Fraktion im neuen Europäischen Parlament stellen.** Konkret: Die Chance ist da, dass die europäischen Sozialdemokraten die Europawahl gewinnen und die stärkste Fraktion im neuen Europäischen Parlament stellen. Dann hat unser Kandidat auch gute Chancen Kommissionspräsident zu werden.

Was unterscheidet uns?

■ **Wir treten mit einem Spitzenkandidaten an, der zugleich Spitzenkandidat aller europäischen Sozialdemokraten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten ist. Wenn Martin Schulz das wird, hat er die Möglichkeit, wirklich etwas in Europa zu verändern. Das unterscheidet ihn von allen anderen deutschen Spitzenkandidaten.**

■ **Wir nehmen die neue Qualität der Europawahl mit gemeinsamen Spitzenkandidaten ernst. Weil wir darin eine Chance für die europäische Demokratie sehen. Die Konservativen haben dagegen lange versucht, eine echte Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament zu verhindern. Nur widerwillig haben sie sich darauf verständigt, selbst einen Spitzenkandidaten ins Rennen zu schicken.**

2 Ein Europa des wirtschaftlichen Aufbruchs – nicht des Stillstands

Wir wollen einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch in Europa schaffen. Sparpolitik allein ist kein Zukunftsrezept und hat Europas Krise teils zusätzlich verschärft. Schuldenabbau bleibt wichtig, muss aber durch Impulse für Wachstum und Beschäftigung begleitet werden. Sonst droht die soziale Spaltung Europas.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen mehr Zukunftsinvestitionen.** Konkret: Die Wirtschaftspolitik der EU darf nicht einseitig auf Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung setzen. Neben Sparzielen brauchen wir auch klare Ziele für Investitionen in Wachstum, Beschäftigung und Bildung. Und: Der von uns durchgesetzte EU-Wachstumspakt (120 Mrd. Euro) muss zügig umgesetzt werden.

■ **Wir wollen eine wettbewerbsfähige Industrie.** Konkret: Eine starke Industrie ist Deutschlands Stärke. Und auch in Europa wichtig. Industrieprodukte machen beinahe 75% der europäischen Exporte aus. Ein Drittel aller Arbeitsplätze sind in der Industrie angesiedelt. Wir wollen eine europäische Industriepolitik, die auf Leitmärkte wie etwa erneuerbare Energien, Verkehr, digitale Medien oder Telekommunikation setzt.

■ **Wir wollen, dass Europa auf erneuerbare Energien setzt.**

Konkret: Wir wollen verbindliche, ehrgeizige EU-Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für mehr Energieeffizienz. Auch wollen wir, dass die EU bis 2030 die Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent reduziert.

■ **Wir wollen einen starken Euro im Wettbewerb mit den anderen Weltregionen.** Konkret: Trotz der Krise ist der Euro stabil und ein Garant für Wohlstand, gerade auch in Deutschland. Studien sagen voraus: Im Durchschnitt wird das durch den Euro bedingte Einkommensplus je Einwohner zwischen 2013 und 2025 in Deutschland etwa 1100 Euro pro Jahr betragen. Wer umgekehrt den Euro in Frage stellt, setzt die Menschen unkalkulierbaren Risiken aus.

■ **Wir wollen Schuldenabbau mit Wachstum verbinden.** Konkret: Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau sind unerlässlich, müssen aber durch eine besser koordinierte Wachstumspolitik ergänzt werden. Rettungshilfen müssen an klare Bedingungen geknüpft sein. Und so wichtig europäische Solidarität ist: Eine Vergemeinschaftung sämtlicher Schulden in Europa ist nicht im deutschen und europäischen Interesse.

Was unterscheidet uns?

■ **Die Konservativen und Liberalen in Europa setzen auf eine einseitige Sparpolitik, die die Wirtschaft der Krisenstaaten kaputtzusparen droht. Für die deutsche Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze ist eine solche Entwicklung gefährlich. Denn nahezu 60 Prozent unserer Exporte gehen in Staaten der EU.**

3 Ein Europa für gute Arbeit – nicht der Arbeitslosigkeit

Wir wollen soziale Marktwirtschaft auch in Europa. Wo es grenzenlose Märkte gibt, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an nationalen Grenzen Halt machen. Deswegen wollen wir Sozialdumping bekämpfen und gute Löhne für gute Arbeit in Europa durchsetzen. Die Freiheit der Unternehmen darf nicht Vorrang vor Arbeitnehmerrechten haben.

Was wollen wir erreichen?

■ Wir wollen einen Europäischen Pakt für Mindestlöhne.

Konkret: Noch immer gibt es Dumping-Wettbewerb um die niedrigsten Löhne in Europa. Das muss sich ändern! Darum wollen wir existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedsstaaten, von denen die Menschen vor Ort leben können.

■ Wir kämpfen für gute Arbeit und gegen Sozialdumping.

Konkret: Wir wollen prekäre Beschäftigung zurückdrängen und den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen bekämpfen. Und wenn Unternehmen Arbeitnehmer in ein anderes europäisches Land entsenden, dann muss dort gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Indem wir so gegen Ausbeutung und Sozialdumping vorgehen, helfen wir den Unternehmen, die anständig wirtschaften.

■ **Wir wollen die Arbeitnehmerfreizügigkeit stärken.** Konkret: Die Freiheit, überall in der EU zu arbeiten, ist eine große Errungenschaft. Deutschland profitiert von ausländischen Fachkräften, die hier Steuern zahlen, Jobs schaffen und unsere Gesellschaft bereichern. Gleichzeitig gilt: Wo nötig muss gegen Sozialmissbrauch vorgegangen und betroffenen Kommunen stärker geholfen werden.

■ **Wir wollen die Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft stärken.** Konkret: Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei Unternehmensentscheidungen ist ein Erfolgsmodell. Da immer mehr Unternehmensaktivitäten grenzüberschreitend sind, muss Mitbestimmung verstärkt europäisch gesichert werden. Und wir verlangen, dass die EU die Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft respektiert.

Was unterscheidet uns?

■ **Wir wollen konkrete Schritte für ein soziales Europa mit guten Jobs und starken Arbeitnehmerrechten durchsetzen.** Die Konservativen und Liberalen haben daran kein Interesse: Bei ihnen herrscht hierzu inhaltliche Leere. Ihnen ist der freie Wettbewerb wichtiger als ein soziales Europa.

■ **Die Konservativen und Liberalen in Europa haben kein Interesse an Mindestlöhnen in Europa, stellen wirtschaftliche Freiheit über die Arbeitnehmerrechte und sind nicht bereit, gegen Sozialdumping und Ausbeutung konsequent vorzugehen.**

Ein Europa der Gerechtigkeit – nicht der Chancenlosigkeit

Europa wird in Zeiten der Krise von vielen Menschen als ungerecht wahrgenommen. Das muss sich wieder ändern. Wir wollen ein Europa der Gerechtigkeit, nicht der Chancenlosigkeit. Die Menschen in Europa müssen gleiche Rechte und Möglichkeiten haben, etwas aus ihrem Leben zu machen. Vor allem wollen wir eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir sehen Bildung als Schlüsselaufgabe für Lebenschancen.**

Konkret: Gute Bildung ist der Schlüssel für gleiche Chancen und größeren Wohlstand. Aus diesem Grund muss gute Bildung europaweit gestärkt werden. Europa kann und soll nicht über niedrigere Löhne und soziale Standards konkurrieren, sondern durch Innovation, Qualität und gute Ausbildung.

■ **Wir wollen die Gleichstellung von Frauen verbessern.**

Konkret: Noch immer sind Frauen zu selten in den Chefetagen vertreten, noch immer verdienen Frauen in Europa 16 Prozent weniger als Männer für die gleiche Arbeit. Das wollen wir nicht länger hinnehmen, denn Gleichstellung ist eine Gerechtigkeitsfrage!

■ **Wir wollen den Sozialstaat schützen.** Konkret: Die EU muss den Sozialstaat in den Mitgliedstaaten respektieren und darf ihn auch in Krisenzeiten nicht aushöhlen. Wir wollen dazu europäische Schutzregeln vereinbaren. Wir wollen aber keinen europäischen Sozialstaat. Die Renten-, Kranken- oder Arbeitslosenversicherung muss in nationaler Hand bleiben.

■ **Wir wollen starke Verbraucherrechte.** Konkret: In einem Binnenmarkt, in dem Unternehmen grenzüberschreitend Güter und Dienstleistungen anbieten, brauchen wir auch starke europäische Standards im Verbraucherschutz. Vor allem bei Lebensmitteln und bei Produkten für Kinder.

Was unterscheidet uns?

■ **Wir setzen uns für Bildung und Chancengleichheit ein. Konservative und Liberale in Europa wollen dagegen den Schutz sozialer Grundrechte wirtschaftlichen Freiheiten unterordnen.**

■ **Die SPD setzt sich aktiv für die Gleichstellung von Frauen in Beruf und Familienleben ein. Die Konservativen und Liberalen haben sich jahrelang gegen eine Frauenquote in Aufsichtsräten gesperrt und nichts gegen die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen getan.**

5 Ein Europa der Steuergerechtigkeit – nicht der Verantwortungslosigkeit

Wir akzeptieren nicht, dass sich Millionäre oder Großunternehmen durch Steuerflucht oder Steuervermeidung ihrer Verantwortung entziehen. Über eine Billion Euro jährlich gehen EU-weit so verloren! Fehlende Einnahmen bedeuten fehlende öffentliche Investitionen in Straßen, Schulen und Kitas. Unternehmen und Kapital sind heute grenzüberschreitend aktiv. Der Kampf gegen Steueroasen, Steuerbetrug und Steuerumgehung kann nur europäisch gelingen.

Was wollen wir erreichen?

■ Wir wollen ein Bündnis zur Stärkung der Staatsfinanzen.

Konkret: Dem Wettlauf zwischen den EU-Staaten um die niedrigste Unternehmenssteuer muss ein Riegel vorgeschoben werden, durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und die Einführung eines Mindeststeuersatzes. Es muss der Grundsatz gelten, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.

■ **Wir wollen Null Toleranz gegenüber Steuerbetrug.** Konkret: Aufsichtsbehörden sollten Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken die Banklizenz entziehen können. Unternehmensregister in der EU müssen um Informationen zu den wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen ergänzt werden.

■ **Wir wollen Steuerschlupflöcher konsequent schließen.** Konkret: Dazu brauchen wir den automatischen Informationsaustausch der EU-Staaten über Zinserträge und müssen die EU-Zinssteuerrichtlinie endlich ausweiten.

■ **Wir wollen Steueroasen trocken legen.** Konkret: Wir wollen, dass bis Ende 2014 Steueroasen identifiziert und auf einer europäischen schwarzen Liste veröffentlicht werden. Gegen die auf dieser Liste geführten Drittstaaten sollen von den EU-Staaten zuvor gemeinsam festgelegte Sanktionen verhängt werden können.

Was unterscheidet uns?

■ **Wir haben den Kampf für Steuergerechtigkeit und gegen Steuerhinterziehung europaweit vorangetrieben, während Konservative und Liberale auf der Bremse standen.** Zum Beispiel hat Jean-Claude Juncker als konservativer Regierungschef von Luxemburg die Forderung nach strikteren Regeln gegen Steuervermeidung und Steueroasen gern als „deutsche Kraftmeierei“ abgetan.

■ **Die SPD hat verhindert, dass sich Deutschland auf ein Abkommen mit der Schweiz einlässt, das Steuersünder weitgehend ungeschoren davonkommen lässt.** Stattdessen haben wir den Ankauf von Steuer-CDs vorangetrieben und so erfolgreich Steuerhinterzieher zur Verantwortung gezogen.

Ein Europa der Bürger – nicht des Geldes

Wir wollen, dass Europa die richtigen Konsequenzen aus der Finanzkrise zieht. Es darf kein einfaches Weiter so geben! Nie wieder dürfen Spekulanten und zügellose Profitgier ganze Staaten in die Krise reißen. Die Finanzmärkte wieder zu zügeln, ist keine leichte Aufgabe. Aber die wohl wichtigste Herausforderung, um uns eine Zukunft in Wohlstand zu sichern. Ein einzelner Staat ist damit überfordert. Deshalb wollen wir, dass Europa dabei vorangeht.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen, dass Banken für ihre Risiken selber haften, nicht die Steuerzahler.** Konkret: Bisher haben die Steuerzahler in Europa den Banken über 3 Billionen Euro in Form von Bürgschaften oder Eigenkapitalspritzen zur Bankenrettung zur Verfügung gestellt. Das muss sich ändern: Künftig müssen bei einer Banken-Pleite die privaten Gläubiger und Eigentümer zuerst zahlen. Dann muss ein Fonds greifen, den die Banken selbst finanzieren, nicht die Steuerzahler.

■ **Wir wollen eine Steuer gegen Spekulation.** Konkret: Täglich werden mehrere Billionen Euro weltweit auf den Finanzmärkten gehandelt, ein großer Teil ist Spekulation. Wie jeder Einzelhändler sollen künftig auch die Spekulanten auf den Finanzmärkten Umsatzsteuer für ihre Geschäfte zahlen. Damit sie auch ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten.

■ **Wir wollen vernünftige Regeln für Banken und die Finanzmärkte** Konkret: Hochriskante Geldgeschäfte ohne wirtschaftlichen Nutzen gehören eingeschränkt. Das spekulative Investment-Geschäft der Banken muss von ihrem Kerngeschäft getrennt werden. Damit für Verluste aus Zockerei einer Bank dann nicht am Ende die normalen Sparer der Bank mithaften. Das Geld der Kleinsparer muss sicher sein.

■ **Wir wollen gerechte Löhne in den Spitzenetagen der Finanzwirtschaft** Konkret: Deutsche Manager verdienen z.T. das 70-fache eines normalen Beschäftigten im gleichen Betrieb; über 3500 Banker verdienen in Europa mehr als eine Millionen Euro pro Jahr. Wir wollen, dass die Boni von Bankern und die Gehälter von Managern in Europa künftig in einem gerechteren Verhältnis zum Einkommen ihrer Mitarbeiter stehen.

Was unterscheidet uns?

■ **Wir haben frühzeitig harte Konsequenzen aus der Finanzkrise gefordert. Die Konservativen und Liberalen wollten so weitermachen wie bisher und haben immer wieder bei strengeren Regeln für die Finanzmärkte gebremst.**

■ **Gegen die Widerstände der Konservativen haben wir zum Beispiel durchgesetzt, dass die Finanztransaktionssteuer kommen soll. Dass immerhin Boni von Bankern begrenzt werden. Dass einige der spekulativsten Finanzprodukte beschränkt oder verboten werden.**

Ein Europa des Friedens und der Offenheit – nicht der Konfrontation und der Abschottung

Europa ist eine erfolgreiche Friedensgemeinschaft. Dafür wurde die EU zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Wir wollen, dass Europa seine Erfahrungen der inneren Friedensstiftung in die internationalen Beziehungen einbringt und aktiv für seine Werte in der Welt eintritt. Dazu gehören auch der Schutz von Flüchtlingen und das Engagement für fairen Handel.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen ein Europa der Partnerschaft und Kooperation.**

Konkret: Wir wollen, dass Europa auch in Zukunft seine Türen für neue Mitglieder offenhält. Dafür müssen die Staaten aber klare Kriterien vorab erfüllen, auch in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Offenheit.

■ **Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte schützen.**

Konkret: Wir wollen nicht Flüchtlinge, sondern Fluchtursachen bekämpfen. Die Schifftragödie von Lampedusa hat uns noch einmal klargemacht: An den EU-Außengrenzen darf es keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und den Menschenrechten geben. Europa ist ein Einwanderungskontinent.

■ **Wir wollen, dass Europa in der Entwicklungspolitik vorangeht.**

Konkret: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind weltweit mit Abstand größte Geber von Entwicklungshilfe. Wir wollen, dass Europa dabei weiter vorangeht und den Mensch mit seinen Rechten auf Nahrung, Gesundheit und Bildung in den Mittelpunkt stellt.

■ **Wir wollen fairen Handel mit gerechten Standards.** Konkret: Freier Handel ist wichtig, darf aber nicht zu Lasten unserer rechtsstaatlichen, sozialen und ökologischen Standards führen. Das gilt auch für die aktuellen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA.

■ **Wir wollen besseren Datenschutz und ein offenes Internet.** Konkret: In Zeiten von Massenüberwachung durch Konzerne und Geheimdienste ist unser Ziel: Europa muss Vorreiter beim Schutz digitaler Bürgerrechte werden. Und seine Standards auch gegenüber Partnern wie den USA verteidigen! Deswegen sind wir für ein umfassendes europäisches Datenschutz-Regime.

■ **Wir wollen ein Europa, das unsere Werte in der Welt verteidigt.** Konkret: Europa muss mit einer Stimme sprechen, wenn es im Konzert der Weltmächte unsere Werte und Interessen behaupten will. Im Jahre 2050 wird Europa nur noch fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen. Dann hat Europa entweder eine gemeinsame Stimme – oder keine.

8 Ein Europa der Demokratie – nicht der Bürokratie

Europa muss demokratischer werden, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Wir wollen ein Europa der Parlamente! Nicht ein Europa, in dem die Staats- und Regierungschefs alle wichtigen Entscheidungen hinter verschlossenen Türen auskungeln. Gleichzeitig gilt: Mehr europäische Demokratie setzt weniger EU-Bürokratie voraus.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen weniger Bürokratie durchsetzen.** Konkret: Die Akzeptanz Europas leidet darunter, dass viele Bürgerinnen und Bürger die EU kaum noch verstehen. Deshalb sagen wir: Europa muss sich auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren statt den Wasserverbrauch von Toilettenspülungen zu regulieren. Und wir wollen einen „Bürokratie-Check“ für alle europäischen Gesetze.

■ **Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen.** Konkret: Die EU-Kommission muss reformiert werden. Klare Entscheidungsstrukturen, mehr Transparenz und Offenheit sind nötig. Und das Europäische Parlament - die Stimme der Bürgerinnen und Bürger in Europa - muss weiter gestärkt werden.

■ **Wir wollen mehr europäische Bürgerbeteiligung.** Konkret: Mit der „Europäischen Bürgerinitiative“ können eine Million EU-Bürger aus mindestens sieben Staaten europäische Gesetze oder deren Veränderung einfordern. Der politische Druck einer Bürgerinitiative hat zuletzt zum Beispiel den Versuch der EU-Kommission gestoppt, die Wasserversorgung in Europa zu privatisieren. Wir wollen solche Bürgerinitiativen weiter stärken.

■ **Wir wollen unser Europa gegenüber Rechten und Populisten verteidigen.** Studien sagen voraus, dass anti-europäische Populisten von links und rechts bis zu einem Viertel der Sitze im Europäischen Parlament gewinnen können. Das dürfen wir nicht zulassen. Europa zu zerstören ist die völlig falsche Antwort auf die Probleme Europas. Die richtige Antwort ist, Europa anders und besser zu machen.

Was unterscheidet uns?

■ **Die Staats- und Regierungschefs in Europa haben immer mehr Entscheidungen an sich gezogen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das mit vorangetrieben. Wir fordern mehr Mitbestimmung für das EU-Parlament und die nationalen Parlamente.**

■ **Als Sozialdemokraten fordern wir eine ehrliche Debatte über die Zukunft Europas, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt und Probleme Europas nicht verschweigt. Die Konservativen in Deutschland und Europa verweigern sich dieser Debatte.**

Ein Europa der Perspektiven – nicht der Jugendarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit, besonders unter Jugendlichen, hat in etlichen europäischen Ländern dramatische Höhen erreicht. Teils ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Job. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht im Stich lassen! Die Zukunft unseres Kontinents hängt davon ab, dass die nächste Generation die Chance auf Bildung, Ausbildung und gute Jobs hat.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen, dass der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oberste Priorität hat.** Konkret: Wir wollen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in fünf Jahren deutlich verringern und hierfür die bisher vorgesehenen Mittel von 6 Milliarden Euro nötigenfalls erhöhen. Es kann nicht sein, dass für die Rettung von Banken gigantische Milliardensummen zur Verfügung stehen, aber nicht genügend Geld im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit.

■ **Wir wollen die Europäische Jugendgarantie rasch umsetzen.** Konkret: Wir haben eine Europäische Jugendgarantie durchgesetzt, der zufolge jeder arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten ein anständiges Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum erhalten muss. Jetzt muss diese Garantie schnell in allen EU-Staaten auch umgesetzt werden.

■ Wir wollen einen Qualitätsrahmen für Praktika in Europa.

Konkret: Praktika können nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie die jungen Menschen nicht ausbeuten. Deshalb unterstützen wir einen europäischen Qualitätsrahmen für Praktika, der eine faire Entlohnung und gute Qualität der Praktika sichert.

■ Wir wollen eine Europäische Jugendpolitik, die junge Menschen verbindet.

Konkret: Wir sind für den Ausbau von Europaschulen, verbesserte Jugendbildungsarbeit und Jugendmobilität. Wir wollen dafür sorgen, dass gerade auch viele junge Menschen vom neuen EU-Austauschprogramm „ERASMUS+“ für Bildung, Ausbildung, Kultur und Sport profitieren.

Was unterscheidet uns?

■ Konservative und Liberale in Europa haben das Problem der steigenden Jugendarbeitslosigkeit lange nicht ernst genommen. Erst durch eine Kampagne der Sozialdemokraten ist das Thema auf die Agenda der EU gerückt.

■ Und auch jetzt stehen die Konservativen und Liberalen in Europa auf der Bremse, wenn es darum geht, die Jugendgarantien umzusetzen und nötigenfalls zusätzliches Geld im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu mobilisieren.

10 Ein Europa der Vielfalt – nicht des Zentralismus

Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen, der Städte, Kommunen und Regionen ist Teil des Reichtums unseres Kontinents. Wir wollen deshalb, dass die EU Vielfalt respektiert. Viele Entscheidungen der europäischen Ebene betreffen die deutschen Kommunen und Regionen, sei es die Daseinsvorsorge, die Bildungs- und Ausbildungssysteme, die Industriepolitik, die Beschäftigung- oder Klimapolitik. Umso wichtiger ist es, welche Weichen in Europa gestellt werden.

Was wollen wir erreichen?

■ **Wir wollen ein Europa der Subsidiarität und Bürgernähe.**

Konkret: Die EU sollte nur das regeln, was die Städte, Kommunen, Länder oder Staaten nicht besser selbst regeln können. Wir wollen, dass sich die EU an dieses Prinzip hält. Dies ist ein Gebot der Bürgernähe.

■ **Wir wollen lebendige Kommunen und Regionen.** Konkret: Kommunen und Regionen müssen noch besser an europäischen Entscheidungen beteiligt werden. Und grenzüberschreitende kommunale Partnerschaften müssen noch stärker unterstützt werden.

■ **Wir wollen strukturschwache Stadtteile und ländliche Gebiete fördern.** Konkret: Die EU hilft strukturschwachen Regionen und Städten mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds, um ihre Wirtschaftskraft zu stärken. Das unterstützen wir. In der Zeit von 2014 bis 2020 stehen 19,3 Mrd. Euro auch für Deutschland zur Verfügung.

■ **Wir wollen einen wirksamen Schutz der Daseinsvorsorge.** Konkret: Diese Dienstleistungen reichen von der Wasser- und Energieversorgung über den Personennahverkehr bis hin zu den Bereichen Wohlfahrt, Gesundheit, öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Internetzugang oder Kultur. Kommunen müssen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Es darf keinen Privatisierungszwang durch europäisches Recht geben.

Was unterscheidet uns?

■ **Es waren die europäischen Sozialdemokraten, die Versuche der EU-Kommission verhindert haben, die Wasserversorgung zu privatisieren. Anders als Konservative und Liberale stellen wir uns klar gegen Versuche, die öffentliche Daseinsvorsorge durch europäische Liberalisierungspolitik auszuhebeln.**

■ **Durch unzählige Städtepartnerschaften und länderübergreifende Initiativen von sozialdemokratisch regierten Städten und Kommunen wollen wir weiterhin zum europäischen Zusammenhalt beitragen. Die deutschen Kommunen unterhalten bisher insgesamt rund 6.400 Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Europa.**